Beginn des Werkspionageprozesses

Wie die Sureté in Deutschland arbeitet

Ludwigshafen a. Rhein, 4. Dez. Vor dem Großen Schöffengericht begann am Dienstag der Werkspionageprozeß, dem die Werkspionage in der J. G. Farbenindustrie in Ludwigshafen zugrunde liegt. Die Aufdeckung dieser weitverzweigten Spionage im August 1928 erregte weit über Deutschland hinaus größtes Aufsehen, weil sie

zur Feststellung eines ausgedehnten französischen Industriespionagedienstes

der Suretés führte. Der Werkspionagefall stellt weiter einen der umfangreichsten und für die deutsche Wirtschaft gefährlichen Versuch dar, außerordentlich wichtige Gebiete der chemischen Industrie Deutschlands auszukundschaften und die ausspionierten Verfahren der französischen chemischen Industrie auszuliefern. Die Auftraggeber der auf der Anklagebank sitzenden deutschen Staatsangehörigen,

die Suretébeamten, genießen als Besatzungsangehörige den Schutz des Rheinlandabkommens

und sind daher der deutschen Justiz entzogen. Angeklagt sind der 28 Jahre alte verheiratete Isolierer Franz Schwarzwälder aus Mannheim, der Laborant Fritz Hellmann, Ludwigshafen, der 27 Jahre alte Laborant Richard Müller, Ludwigshafen, und der 23 Jahre alte Laborant Michael Magin aus Schifferstadt. Schwarzwälder hatte zu Beginn des passiven Widerstandes seine Stellung in der J. G. Farbenindustrie aufgegeben und einen Posten in der französischen Rheinschiffahrtskommission angenommen. Später war er Dolmetscher bei der französischen Eisenbahnregie. Er wurde Separatist. Nach dem Zusammenbruch der Separatistenherrschaft lernte Schwarzwälder den französischen Suretébeamten Stössel kennen. Durch Stössel wurde Schwarzwälder, der inzwischen Stellung bei der J. G. Farbenindustrie erhalten hatte,

für den französischen Industriespionagedienst zur Auskundschaftung von Betriebsgeheimnissen und Verfahren angeworben.

Diesem Spionagedienst hat Schwarzwälder, wie die Anklage ihm vorwirft, wertvolles Material geliefert. Durch Vermittlung Schwarzwälders wurden auch die Angeklagten Hellmann, Müller und Magin dem französischen Industriespionagedienst zugeführt. Sie stellten im Auftrage der Industriespionage Abschriften von Versuchen und Niederschriften über das Herstellungsverfahren der chemischen Artikel her, die Hellmann dann an Stössel auslieferte. Für diese Dienstleistung wurden sie reichlich bezahlt. Die Werkspionage wurde aufgeklärt, als Hellmann in einer Ludwigshafener Weinwirtschaft

eine Kellnerin gegen gute Bezahlung aufforderte,

ihm die Namen ihr bekannter geschickter Laboranten mitzuteilen, damit seine Auftraggeber mit ihnen in Unterhandlungen treten könnten. Ein zufällig in der Wirtschaft anwesender Arbeiter der J. G. Farbenwerke, dem die Kellnerin von diesem Ansuchen Hellmanns Mitteilung machte, erstattete sofort Anzeige.

Durch das Pulver eines „Seelenarztes" vergiftet

Sechs Opfer eines Kurpfuschers

Darunter der Filmregisseur Jacoby und die Schauspielerin Elga Brink

Berlin, 4. Dez. Sechs Personen, die das Pulver eines Homöopathen und Magnetopathen genommen hatten, sind unter schweren Vergiftungs- und Verbrennungserscheinungen erkrankt und ins Krankenhaus gebracht worden. Nach einem Vortrag hatte ein Magnetopath und Homöopath dem Filmregisseur Jacoby ein Pulver zur Nervenstärkung gegeben. Die sechs Teilnehmer an dem Vortrag blieben noch längere Zeit in einem Restaurant zusammen, unterhielten sich über Homöopathie und nahmen alle eine kleine Probe von dem Pulver. Wenige Minuten später traten Schmerzen im Munde, auf der Zunge und in der Speiseröhre auf und die Geschmacksnerven versagten. Sämtliche Erkrankten begaben sich ins Krankenhaus, wo schwere Verbrennungen der Schleimhäute festgestellt wurden. Der ärztlichen Bemühung gelang es, mit Gegenmitteln eine Weiterverbreitung der Verletzungen zu verhüten. Der Rest des Pulvers ist sichergestellt worden und wird einer genauen Untersuchung unterzogen werden.

Die Vergiftungsangelegenheit des Filmregisseurs Jacoby, der Filmschauspielerin Elga Brink und ihres Schwagers, des Kaufmanns Klever aus Elberfeld, wird immer rätselhafter. Während man bisher angenommen hatte, daß der Magnetopath „Dr. Müller" Jacoby und seinen Freunden das gefährliche Pulver verabreicht hatte, verwickeln sich die Betroffenen jetzt in allerlei Widersprüche, in der offenbaren Absicht, ihren „Seelenarzt" in Schutz zu nehmen. Das Befinden der Vergifteten hat sich erfreulicherweise im Laufe des Montags weiter gebessert, so daß am Dienstag die Kriminalpolizei die Betroffenen wird vernehmen können. Die behandelnden Aerzte haben schon am Montagnachmittag mit dem Regisseur Jacoby und Frau Brink über den Fall selbst sprechen können, sind aber durch ihre ärztliche Schweigepflicht derart gebunden, daß sie selbst den Beamten der Kriminalpolizei, die die Adresse des sogenannten Dr. Müller feststellen wollten, die Aussage verweigern mußten, obgleich hier ein Tatbestand vorliegt, der von der Staatsanwaltschaft mit großer Wahrscheinlichkeit energisch verfolgt werden wird. Soweit sich bisher feststellen läßt, haben Jacoby, ebenso wie Elga Brink die Erklärung abgegeben, daß der Magnetopath Müller, der von seiner Klientin mit Doktor und sogar mit Professor angeredet wird, ihnen das geheimnisvolle Pulver nicht selbst verabreicht hat. Sie ließen jedoch dabei durchblicken, daß der Assistent Müllers es ihnen verabreicht habe. Nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung scheint sich zu ergeben, daß das Kräftigungspulver ein chemisches Präparat gewesen ist, aus dem das spanische Zugpflaster hergestellt wird. „Dr." Müller hat im Westen Berlins seine Seelen-Sprechstunde, zu der nicht nur zahlreiche Künstler, sondern in erster Reihe viele Damen zu kommen pflegen. Die Kriminalpolizei ist zurzeit noch an der Aufklärung der Angelegenheit tätig, doch dürfte der Fall schon in den nächsten Tagen die zuständige Staatsanwaltschaft beschäftigen.

Gefangene im eigenen Hause

Berlin, 4. Dez. Die Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Aufklärung einer sonderbaren Angelegenheit. Bewohner des Hauses Lübbener Straße teilten der Polizei mit, daß die 63jährige Witwe Jenny des früheren Landtagsabgeordneten Goldschmidt von ihrem Untermieter Sadowsky in ihrer im eigenen Hause gelegenen Wohnung gewaltsam zurückgehalten werde. Beamte begaben sich nach der Wohnung und fanden die Angaben zum Teil bestätigt. Zwei Beamten gelang es nach längerer Suche, Sadowsky in der Stadt aufzuspüren. Er wurde sofort ins Polizeipräsidium gebracht und einem Verhör unterzogen. Die bisherigen Ermittlungen ergaben, daß Sadowsky von Frau Goldschmidt, die gelähmt ist, folgendes zu erlangen verstanden hat: Einen Erbvertrag, in dem ihn die Frau zum Universalerben macht und ihm 10 000 Mk. für die Pflege ihres Grabes zur Verfügung stellt, einen Kaufvertrag, durch den Sadowsky in den Besitz der Wohnung und ihrer gesamten Einrichtung gelangt ist, und schließlich vier Blankounterschriften, durch die er sich die gesamte bewegliche Habe der Frau verschaffte. Alles in allem dürfte sich Sadowsky für folgende Verfehlungen zu verantworten haben: Freiheitsberaubung, Nötigung, Drohung, Erpressung, Betrug, schwere Urkundenfälschung und falsche eidesstattliche Versicherungen.

Seuchengefahr im chilenischen Erdbebengebiet

Santiago (Chile), 4. Dezember. Die Zahl der Opfer des Erdbebens ist jetzt auf 218 Tote, 257 Schwerverletzte und mehr als 2000 Leichtverletzte gestiegen. 20 000 Personen sind ohne Obdach. Das zerstörte Gebiet leidet unter Trinkwassermangel. Die Militärverwaltung läßt dort Notbäckereien errichten. Auf den Friedhöfen wurden durch das Erdbeben die Leichen an die Oberfläche gebracht, wodurch die Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten sehr groß ist. Der Materialschaden in Talca allein wird bis wenigstens 40 Millionen Mark angegeben. Das Wasser des Flusses Cachapoal, das zur Bewässerung landwirtschaftlicher Betriebe diente, ist durch den Bruch eines Staubeckens in den Kupferminen zu Teniente mit Giftstoffen angefüllt und stellt eine weitere schwere Gefahr dar.

Fortsetzung der Agrardebatte im Reichstag

Berlin, 4. Dezember. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Bredt (Wp.) gegen einen Beschluß des Aeltestenrats, durch den die Verteilung der Ausschußsitze zu Ungunsten der Wirtschaftspartei geändert worden sei. Zu solchen Beschlüssen sei der Aeltestenrat nach der Geschäftsordnung gar nicht berechtigt. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, in der Kommissionsbesetzung den Zustand wieder herzustellen, der vor dem Beitritt der Deutschen Bauernpartei zur Fraktion der Wirtschaftspartei bestand.

In der dann folgenden Fortsetzung der Aussprache über die Not der Landwirtschaft führt **Abg. Freybe (Wp.)** aus, die Not der Landwirtschaft sei eine Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik, die seit der Staatsumwälzung getrieben worden sei. Die Siedelung von Bauernsöhnen in der Ostmark müsse gefördert werden. In der Milchwirtschaft sollte die Landwirtschaft zur Standardisierung ihrer Waren übergehen. Sie sollte auch bei anderen Produkten sich mehr den Bedürfnissen der Verbraucher anpassen, um dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Die Zollerhöhung für Zucker sei zu begrüßen. Die Regierung solle endlich einen klaren endgültigen Verzicht auf die Weinsteuer aussprechen.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Feldpropst D. Wölfing †

Berlin, 4. Dez. Im hohen Alter von 81 Jahren ist in Berlin der ehemalige Feldpropst D. Wölfing gestorben. Fast 44 Jahre hindurch hat Wölfing dem preußischen Heere gedient, zuerst als Divisionspfarrer in Frankfurt am Main, dann in Berlin und Mainz. Ueber Posen kam er als Militäroberpfarrer nach Berlin zurück und trat hier die Nachfolgerschaft Frommels an. Seit 1905 war er Feldpropst für die Armee und Marine. Im Weltkrieg gewann sein Amt weiteste Bedeutung. Es bleibt sein hohes Verdienst, die Feldseelsorge trotz unsäglicher Schwierigkeiten zu Ehren gebracht zu haben. Seit Kriegsende lebte Feldpropst D. Wölfing in Berlin im Ruhestande.

Nadolny bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in der Türkei, Nadolny.

Von Dircksens Nachfolger. Als Nachfolger des zum Botschafter in Moskau ernannten Ministerialdirektors v. Dircksen ist als Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes der bisherige Dirigent dieser Abteilung, Vortragender Legationsrat Trautmann, in Aussicht genommen.

Schwere Wahlverluste der tschechischen Regierungsparteien

Prag, 4. Dezember. Das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag zeigt, daß die Regierungsparteien schon jetzt die Mehrheit verloren haben. Nach einer vorläufigen Zählung stehen sich rund 3 124 000 Regierungsstimmen und 3 419 000 Oppositionsstimmen einander gegenüber, wenn man die Roschegruppe zur Opposition rechnet. Bei Parlamentswahlen käme also die letzte Koalition rettungslos in den Hinterhalt. In Böhmen allein sind die Stimmen der tschechischen Regierungsparteien von 45,67 auf 44,2 v. H. oder eine Million 73 Tausend Stimmen, die der deutschen Regierungsparteien von 45,48 auf 39,7 v. H. oder 418 000 Stimmen gefallen, während die Stimmen der tschechischen Opposition von 54,38 auf 55,8 v. H. oder 1 862 000 Stimmen und die der deutschen Opposition von 55,42 auf 60,3 v. H. Stimmen gestiegen sind. Die „Bohemia" schreibt zu dem Wahlergebnis: Eines steht fest, die Parteien, die der Regierungskoalition angehören, haben schlecht abgeschnitten. Vor allem hat Hlinkas slowakische Volkspartei eine schwere Niederlage erlitten. Auch die tschechischen und deutschen katholischen Parteien zeigen erhebliche Verluste. Von den Agrariern scheinen die tschechischen Agrarier ihre Stellung gehalten zu haben, während der Bund der Landwirte Stimmen eingebüßt hat. Auf der Oppositionsseite sind die Kommunisten zurückgegangen. Gewinne haben die Sozialdemokraten und insbesondere die tschechischen Nationalsozialisten erhalten. Im Gesamtergebnis ging die Opposition wesentlich gestärkt aus den Wahlen hervor.

Kerkerstrafen gegen Sudetendeutsche

Prag, 4. Dez. Im Hochverratsprozeß vor dem Kriegsgericht in Böhmisch-Leipa gegen vier junge Sudetendeutsche, der eine Woche andauerte, wurde das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden für schuldig erklärt, im Sommer 1925 im sudetendeutschen Lager in Berkenbrück von einem Komplott gegen den tschecho-slowakischen Staat erfahren zu haben, ohne, wie es nach dem tschecho-slowakischen Schutzgesetz ihre Pflicht gewesen wäre, dieses Komplott den tschecho-slowakischen Behörden anzuzeigen. Der Angeklagte Kerl erhielt vier Monate schweren Kerker, Müller zwei Monate mit einer monatlichen Faste und Hübner sechs Wochen. Gegen einen weiteren Angeklagten war das Verfahren ausgesetzt worden, weil er während des Prozesses verschwunden war.

Einsetzung einer Kommission zur Stellvertretung des englischen Königs

London, 4. Dez. „Daily Mail" meldet: Da die Unterzeichnung von Staatsdokumenten durch den König infolge seiner Erkrankung nicht vollzogen werden kann, ist beschlossen worden, eine Kommission zu ernennen, die für ihn handeln soll. Dieser Kommission wird wahrscheinlich der Lordkanzler, der Erzbischof von Canterbury, der Herzog von York und der Premierminister oder der Vorsitzende des Geheimen Staatsrates Lord Balfour angehören. Das Blatt bemerkt dazu, daß zum letzten Male im März 1925, als der König eine Erholungsfahrt im Mittelmeer antrat, eine solche Kommission eingesetzt wurde. Hätte der König diesmal einer Sitzung des Geheimen Staatsrates beiwohnen können, so würde er selbst die Einsetzung der Kommission genehmigt haben. Es ist aber ausdrücklich bestimmt, daß eine solche Kommission auch durch ein besonderes Dokument, das mit dem Großen Siegel, welches vom Lordkanzler aufbewahrt wird, versehen ist, gebildet werden kann.

Das heute vormittag 10,30 Uhr ausgegebene Bulletin besagt, der König habe eine ruhigere Nacht verbracht, jedoch müsse die Besorgnis wegen der Herztätigkeit andauern. Die gestern abend festgestellte Besserung habe sich bisher in zufriedenstellender Weise behauptet. (WTB.)

Das Steuervereinheitlichungsgesetz dem Reichstage zugegangen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 4. Dezember. Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes zugegangen. Es handelt sich um sechs Einzelentwürfe: ein Rahmengesetz, ein Grundsteuerrahmengesetz, ein Gewerbesteuerrahmengesetz, ein Gebäudeentschuldungssteuergesetz, ein Steueranpassungsgesetz und ein Gesetz über den Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinheitlichung. In der Einleitung führt die Reichsregierung aus, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Reichsrat das Gesetz über den Uebertritt von Beamten und das Gebäudeentschuldungssteuergesetz für verfassungsändernd hält. Der erste dieser beiden Entwürfe hat im Reichsrat die notwendige Mehrheit gefunden, das Gebäudeentschuldungssteuergesetz dagegen nicht. Die Reichsregierung hält trotzdem an dieser Vorlage fest. Im übrigen ist nur in drei Fällen eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Reichsrat nicht erzielt worden. In diesen drei Punkten hat die Regierung eine Doppelvorlage gemacht. Im Gewerbesteuerrahmengesetz besagt die Vorlage, daß von der Gewerbesteuer die Reichspost, die Monopolverwaltungen des Reiches, die staatlichen Lotterie-Unternehmungen und die Deutsche Reichsbahngesellschaft befreit sind. Der Reichsrat hat hier den Kraftwagenverkehr der Reichspost, soweit dieser überwiegend die Beförderung von Personen zum Gegenstand hat, aufgenommen. Die beiden anderen Doppelvorlagen betreffen das Steueranpassungsgesetz. Bei den Aenderungen der Reichsabgabenordnung besagt hier die Vorlage der Reichsregierung, daß zum Mitglied derjenigen Abteilung des Steuerausschusses, der die Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke obliegt, die Landesregierung in erster Linie den Vorsteher der Behörde bestimmen soll, der die Vorbereitung der Bewertung vom Reichsfinanzminister übertragen worden ist. Der Reichsrat hat hier hinzugefügt, daß der Beamte in diesem Fall stellvertretender Vorsitzender der Abteilung ist. Schließlich hat der Reichsrat bei den Aenderungen des Finanzausgleichsgesetzes eine Bestimmung in die Vorlage aufgenommen, wonach, soweit die Reichsbahngesellschaft die Zuschüsse nicht entsprechend den Vorschriften dieses Gesetzes leistet, das Reich für den seit dem 1. April 1925 entstandenen und noch entstehenden Ausfall einzutreten hat.

Eröffnung der Ausstellung für Verkehrswerbung

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 4. Dez. Im Lichthof des ehemaligen Kunstgewerbemuseums wurde heute vormittag die Ausstellung der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr eröffnet. In seiner einleitenden Ansprache ging der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, davon aus, daß Aufklärung über Deutschland im Auslande in der Nachkriegszeit noch mehr nottue als in der Vorkriegszeit.

In gemeinsamer Arbeit müßten alle Verkehrstreibenden dahin wirken, daß Deutschland das begehrteste Reiseziel der Welt wird.

Für die Reichsbahn als größtes Verkehrsinstitut Deutschlands besteht nirgends die Pflicht, mehr Mittel für diese Zwecke aufzuwenden, als es von anderen Verkehrsunternehmen verlangt werden könne. Im Ausland habe man immer noch ein falsches Urteil über Deutschland. Nur durch eigene Anschauung und persönlichen Besuch Deutschlands könne das Verständnis für deutsches Wesen und deutsche Art geweckt werden. Die Büros der Reichsbahn im Auslande, zu denen, wenn die Mittel es erlauben, weitere Niederlassungen in Südamerika, Paris und im Osten kommen sollen, leisten Pionierarbeit, mit der die Reichsbahn auch ein Stück deutscher Kulturarbeit zu leisten glaube. — Der Leiter der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr, Geheimrat Krause, schilderte sodann den

Aufbau und die Entwicklung der deutschen Verkehrswerbung im Auslande.

Ein ungeheurer Konkurrenzkampf sei um die Heranziehung des Fremden entstanden, namentlich in Amerika, wo nicht nur die europäischen Länder, sondern neuerdings auch Indien, Japan und sogar Südafrika Reisen in ihre Länder propagierten. Die Reichsbahn wolle durch die Ausstellung zeigen, daß ihre Auslandspropaganda durch das Reiseziel, nämlich die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten Deutschlands werbe. Das Motto der ganzen Ausstellung und zugleich das Schlagwort der gesamten Verkehrspropaganda heiße: Deutschland! In der Ausstellung werden neben 70 Riesenphotos landwirtschaftlicher und architektonischer Schätze Deutschlands auch Propagandaplakate mit Motiven deutscher Städte, Kurorte und Landschaften, ferner farbige Plakate nach Entwürfen bekannter Künstler gezeigt.

Seit 1925 sind etwa 750 Plakate im Ausland verbreitet worden.

Von den deutschen Verkehrsbüchern sind bereits 5,5 Millionen in der ganzen Welt erschienen, daneben andere Werbeschriften in neun verschiedenen Sprachen.

Ausbildung polnischer Seeoffiziere in Frankreich. In Toulon wird von französischen Seeoffizieren ein Kursus zur Unterweisung polnischer Offiziere in der Steuerung von Unterseebooten abgehalten.

Columbia Parlophon
Odeon
Artis